

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Dietmar Bartsch,
Herbert Behrens, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/10099 –**

Steuerfreie Risikoausgleichsrücklage für Landwirtschaftsbetriebe ermöglichen

A. Problem

Die weltweiten Handels- und Personenströme sowie Klimawandeleffekte sind mit bisher völlig oder regional unbekanntem oder zurückkehrenden tier- und pflanzengesundheitlichen Gefahren verbunden. Hinzu kommen extreme Wetterereignisse mit langanhaltenden Binnenhochwasser- oder Hochwasserlagen auf der einen Seite bzw. Dürreperioden auf der anderen Seite. Da diese Gefahren kaum vorhersehbar und durch betriebliches Handeln abzuwehren sind, werden herkömmliche Versicherungssysteme zu teuer und für Landwirtschaftsbetriebe allein nicht finanzierbar.

Andererseits gibt es wirtschaftlich ertragreiche Jahre, die den Betrieben die Möglichkeit zur Bildung von finanziellen Rücklagen geben.

B. Lösung

Der Antrag strebt an, die Bundesregierung aufzufordern,

- erstmalig im Jahressteuergesetz 2013 für Landwirtschaftsbetriebe die Bildung einer steuerfreien betrieblichen Risikoausgleichsrücklage zu ermöglichen;
- für betriebliche Neugründungen die beantragte Agrarförderung aus den Direktzahlungen der Gemeinsamen Agrarpolitik als Grundlage zur Berechnung der Rücklagenhöhe heranzuziehen.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Der Antrag beziffert die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen nicht exakt, hält sie aber für die öffentlichen Haushalte für kalkulierbar.

E. Erfüllungsaufwand

Der Antrag macht keine exakten Angaben über den entstehenden Erfüllungsaufwand, hält den bürokratischen Aufwand aber für gering.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/10099 abzulehnen.

Berlin, den 7. November 2012

Der Finanzausschuss

Dr. Birgit Reinemund
Vorsitzende

Norbert Schindler
Berichtersteller

Lothar Binding (Heidelberg)
Berichtersteller

Dr. Barbara Höll
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Norbert Schindler, Lothar Binding (Heidelberg) und Dr. Barbara Höll

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/10099** in seiner 187. Sitzung am 28. Juni 2012 dem Finanzausschuss zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, erstmalig im Jahressteuergesetz 2013 für Landwirtschaftsbetriebe die Bildung einer steuerfreien betrieblichen Risikoausgleichsrücklage zu ermöglichen. Die Höhe der Rücklage sollte sich aus den betrieblichen Umsätzen der vorangegangenen drei Wirtschaftsjahre errechnen und bis zu 20 Prozent des durchschnittlichen Jahresumsatzes betragen.

Darüber hinaus soll die Bundesregierung mit dem Antrag aufgefordert werden, für betriebliche Neugründungen die beantragte Agrarförderung aus den Direktzahlungen der Gemeinsamen Agrarpolitik als Grundlage zur Berechnung der Rücklagenhöhe heranzuziehen.

Mit diesen Maßnahmen sollen die Einkommensverluste durch wetterbedingte Ernteausfälle oder Marktextreme ausgeglichen und das betriebseigene Risikomanagement verbessert werden, ohne an anderer Stelle die öffentlichen Haushalte zu belasten oder teure und vielfach unwirksame Versicherungssysteme etablieren zu müssen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag in seiner 80. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., bei Stimmhaltung der Fraktion der SPD, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 111. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., den Antrag abzulehnen.

Berlin, den 7. November 2012

Norbert Schindler
Berichterstatter

Lothar Binding (Heidelberg)
Berichterstatter

Dr. Barbara Höll
Berichterstatterin